Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
„Tagblatthaus".
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postscheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Fernruf:
„Tagblatthaus" Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postscheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mk. 1.40 monatlich, Mk. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn, Mk. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Bestellgeld. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pfg. für örtliche Anzeigen; 35 Pfg. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Mk. für örtliche Reklamen; 2.50 Mk. für auswärtige Reklamen. 20% Teuerungs-Zuschlag. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachlaß. — Anzeigen-Annahme: Für beide Ausgabe bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Dienstag, 21. Januar 1919. **Abend-Ausgabe.** Nr. 26. • 67. Jahrgang.

Das amtliche Wahlergebnis in Wiesbaden.

Das nunmehr vorliegende amtliche Wahlergebnis für Wiesbaden-Stadt bringt den Sieg der Deutschen demokratischen Partei noch deutlicher als die vorläufigen Zählungen, die wir gestern schon veröffentlichten, zum Ausdruck. Danach befindet sich die Liste Luppe-Breidenstein mit 18173 Stimmen, die auf sie entfallen sind, mit großem Vorsprung an führender Stelle vor allen anderen Parteien. Sie hat 4000 Stimmen mehr erhalten als die Liste Scheidemann, während die Deutsche Volkspartei mit 11 376 Stimmen erst an dritter Stelle kommt. Wahlberechtigt waren 74 483 Wähler, und zwar 30 297 Männer und 44 186 Frauen; gewählt haben hiervon 56 839 Wähler, und zwar wurden abgegeben an Stimmen:

Deutsch-nationale Partei	794
Deutsche Volkspartei	11 376
Zentrum (Christliche Volkspartei)	8 608
Deutsche demokratische Partei	18 973
Sozialdemokratische Partei	14 978
U. S. P. (Unabhängige soz. Partei)	1 810
Liste Waßmann	—

Die Wahlen in Berlin.

Berlin, 19. Jan. Die „B. Z. a. M." meldet: Aus allen Stadtteilen Berlins und aus allen Vororten wird eine außerordentliche Wahlbeteiligung gemeldet, wie sie bisher noch bei keiner Wahl beobachtet worden ist. Der Wahlakt ist bisher noch an keiner Stelle gestört worden. Einer der ersten Wähler im Wahlbezirk Potsdam war Prinz Eitel Friedrich. Alle unter dem Oberbefehl des Generalgouverneurs Noske stehenden Truppenteile sind heute den ganzen Tag in ihren Kasernen und Quartieren unter Alarmbereitschaft. Die Posten auf den Straßen und Plätzen sind heute etwas verstärkt worden. Außerdem sind starke Patrouillen ständig unterwegs. Dann kommen besondere Kommandos, die auf Lastwagen langsam die Stadtgegenden durchfahren, in denen mit eventuellen Störungen gerechnet wird.

Berlin, 20. Jan. Aus ganz Berlin lagen bis 1 Uhr nachts nach einer nichtamtlichen Meldung insgesamt folgende Resultate vor: Demokraten 44 134, Sozialdemokraten 75 877, Unabhängige 30 476, Deutsch-nationale 23 274, Deutsche Volkspartei 12 700, Zentrum 11 961.

Die Nationalversammlung tritt in Berlin zusammen.

Berlin, 18. Jan. Wie der „B. L.-A." hört, hat die Regierung nun endgültig beschlossen, die Nationalversammlung in Berlin zusammentreten zu lassen.

Die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Von Justizrat Richard Otto Wolff (Stettin).

Die in Nummer 43 der Preußischen Gesetzsammlung von 1918 veröffentlichte Verordnung vom 21. Dezember 1918 „über die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung" setzt die Zahl der Mitglieder des bisherigen Abgeordnetenhauses — das Herrenhaus ist bekanntlich durch Verordnung der gegenwärtigen preußischen Regierung für „beseitigt" erklärt worden — von 443 auf 401 herab. Diese 401 Abgeordneten sollen am Sonntag, den 26. Januar 1919, gewählt werden, und zwar, wie § 1 jener Verordnung bestimmt, in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. § 7 bestimmt in Abs. 1 vor, daß für diese Wahlen „im übrigen" die Vorschriften des Reichswahlgesetzes und der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 gelten. Wenn daneben der Absatz 2 des § 7 noch besagt, daß die Wahlen „in den Formen der Nachwahlen" zur deutschen Nationalversammlung erfolgen sollen, so wirkt das im ersten Augenblick etwas verblüffend. Liest man aber die hierbei angeführten Paragraphen 62 und 63 der Reichswahlordnung nach, so besagen sie, daß die Nachwahlen für die deutsche Nationalversammlung — die nur stattfinden, wenn im Wahlprüfungsverfahren der ganze Wahlakt in einem Wahlkreise für ungültig erklärt wird — nach denselben Vorschriften stattfinden sollen wie die erste Wahl, die am 19. Januar stattgefunden hat, wobei die Stimmbezirke, die Wahlräume und die Wahlvorstände dieselben bleiben sollen und auch dieselben Wählerlisten zu benutzen sind, sofern die Nachwahl innerhalb eines Jahres nach dem Tage der ersten Wahl stattfindet. Neu hinzugefügt ist hier nur noch die Vorschrift, daß die Gemeinden für die preußische Wahl am 26. Jan. noch ein drittes Exemplar der Wählerliste herzustellen haben, was in den großen Städten ein schweres Stück Arbeit sein wird.

Danach steht nunmehr fest, daß die preußischen Wähler und Wählerinnen am Sonntag, den 26. Januar, zum zweiten Male zu wählen haben, und zwar nach ganz denselben Vorschriften, nach denen sie acht Tage vorher, also am Sonntag, den 19. Januar, zu verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewählt haben. Auch die Wahlkreise, in denen zu wählen ist, bleiben fast unverändert. Nur fallen dabei selbstverständlich diejenigen Gebietsteile einiger Wahlkreise fort, die nicht zu Preußen gehören — also im Wahlkreise Regierungsbezirk Magdeburg das Herzogtum Anhalt. Dem Wahlkreise des Regierungsbezirks Merseburg ist ferner der Regierungsbezirk Erfurt neu angegliedert — der zur deutschen Nationalversammlung zusammen mit den thüringischen Bundesstaaten wählt. Außerdem sind aus den sechs hannoverschen Regierungsbezirken, da ihre Gemeinschaft mit Oldenburg, Braunschweig, Hamburg und Bremen wegfällt, zwei neue Wahlkreise gebildet, von denen der erste die Regierungsbezirke Aurich, Stade und Osnabrück umfaßt, während der zweite aus den Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim und Lüneburg besteht. Endlich ist Hohenzollern — also der preußische Regierungsbezirk Sigmaringen, der bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung dem Wahlkreise Württemberg angegliedert ist — nunmehr dem Wahlkreise angegliedert, der aus den Regierungsbezirken Koblenz und Trier (ohne den Kreis Wetzlar) besteht.

Die Zahl der Abgeordneten, die auf die einzelnen preußischen Provinzen entfällt, ist im Vergleich zu dem bisherigen preußischen Dreiklassenparlament recht wesentlich verändert. Ostelbien, oder vielmehr die altpreußischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg (ohne Berlin), Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, die bisher 251 Abgeordnete hatten, haben jetzt nur noch 199 Abgeordnete zu wählen, sie verlieren also nicht weniger als 52 Abgeordnete, obwohl ein einziger neugeschaffener brandenburgischer Wahlkreis, der das Gebiet des alten Reichstagswahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow nebst den Großstädten Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln umfaßt, künftig 13 Abgeordnete zu wählen hat statt der bisherigen 4.

Im einzelnen haben nunmehr zu wählen: Ostpreußen 21 Abgeordnete statt 32, Westpreußen 17 statt 22, Brandenburg (ohne Berlin) 10 statt 38, Pommern 17 statt 26, Posen 21 statt 29, Schlesien 52 statt 66, Sachsen 31 statt 38. Dieser Verlust von 52 Abgeordneten wird nicht ausgeglichen dadurch, daß die Stadt Berlin jetzt 91 Abgeordnete zu wählen hat statt der bisherigen 12. Ohne Berlin hat also Ostelbien jetzt nicht mehr die Mehrheit.

Minder groß ist der Verlust an Abgeordneten, den die westlichen Provinzen bei der Herabsetzung der Gesamtzahl der Abgeordneten von 443 auf 401 erleiden. Nunmehr wählen Schleswig-Holstein 13 statt 19 Abgeordnete, Hannover 20 statt 26, Hessen-Nassau (ohne die Grafschaft Schaumburg [Minden] und Schmalkalden, aber mit dem Kreise Wetzlar bei Regierungsbezirk Koblenz) 22 statt 26 Abgeordnete. Auf der andern Seite steigt die Abgeordnetenzahl in Westfalen von 34 auf 42 und in der Rheinprovinz einschließlich Hohenzollern von 65 auf 71.

Die Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die Beziehungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.

Berlin, 18. Jan. Schon im Wald von Compiègne waren zwei Fragen Gegenstand eingehender Verhandlungen: Die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen und das Verhältnis zwischen dem links- und rechtsrheinischen Gebiet. Seither fanden wiederholt weitere Erörterungen über diese zwei Gegenstände statt. Unsere Unterhändler bemühten sich um das Entgegenkommen insofern, als versucht wurde, die Rückgabe unserer Kriegsgefangenen möglichst nicht erst, wie im Wald von Compiègne abgemacht worden war, durch den Abschluß des Präliminarfriedens regeln zu lassen, sondern bereits vorher wenigstens den Beginn der Rückgabe zu erzielen. Die kürzlich gemeldete Bereitwilligkeit Englands, die schwerverwundeten und kranken Kriegsgefangenen auszuliefern, war ein kleines Anfangsergebnis. Nunmehr ist für unsere Kriegsgefangenen, wie auch für den Verkehr zwischen dem links- und rechtsrheinischen Gebiet, welch letztere Frage ebenfalls wochenlang von der deutschen Waffenstillstandskommission immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden war, ein gewisser Abschluß durch einen in Trier stattgehabten Briefwechsel zwischen Staatssekretär Erzberger und Marschall Foch erreicht worden.

Der Briefwechsel hat folgenden Wortlaut:

Staatssekretär Erzberger an Marschall Foch.

Trier, 16. Jan. 1919. Marschall Foch, Oberkommandierender der alliierten Truppen, Bahnhof.

Herr Marschall!

Die Bedingungen des Waffenstillstands über die Rückführung der alliierten Kriegs- und Zivilgefangenen sind erfüllt. Die heutige Verlängerung des Waffenstillstands bringt Bestimmungen über die Zurückführung der russischen Kriegsgefangenen. Auch die Heimbeförderung der serbischen, rumänischen und griechischen Kriegsgefangenen ist in die Wege geleitet. In kurzer Zeit hat Deutschland sämtliche Kriegs- und Zivilgefangene freigegeben. Was die deutschen Kriegsgefangenen anbetrifft, so wurde im Waffenstillstandsabkommen am 11. November 1918 die Zusicherung gegeben, daß ihre Rückführung beim Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werde. Seither sind acht Wochen verstrichen. Der Zeitpunkt des Abschlusses des Präliminarfriedens ist noch ungewiß. Der Augenblick aber gekommen, in dem auch die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen ihren Familien und ihrer Heimat zurückgegeben werden. Dies verlangen unser Volk, die zahlreichen Angehörigen, deren Besorgnis sich inzwischen bis zur Verzweiflung gesteigert hat, und die Kriegs- und Zivilgefangenen selbst, deren aussichtslose Lage zum vollständigen seelischen Zusammenbruch führen muß.

Ich richte daher an Sie, Herr Marschall, die dringendste Bitte, Ihren Einfluß bei den alliierten Regierungen dahin geltend zu machen, daß alsbald, und zwar schon vor Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden alle in den Händen der Alliierten befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen unverzüglich in die Heimat entlassen werden. Ganz besonders dringend ist meine Bitte für die kranken und schwerverwundeten Gefangenen, für die Familienväter und für die Kriegsgefangenen, die länger als 18 Monate in der Gefangenschaft sich befinden, sowie für sämtliche Zivilinternierte.

Ich benutze die Gelegenheit, um eine zweite Bitte an Sie zu richten. Durch die aus militärischer Gründen von Ihnen als notwendig erachtete Absperrung zwischen den besetzten und nichtbesetzten deutschen Gebieten sind schwere wirtschaftliche Nachteile für Linksrhein und unzählige Beunruhigung in allen Industrie- und Arbeiterkreisen entstanden. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie die Ihnen unterstellten Kommandobehörden anweisen wollten, daß die geschäftlichen Beziehungen zwischen diesen eng zusammengehörigen Gebietsteilen in weitherziger Weise wiederhergestellt werden, als es sich mit der Sicherheit der alliierten Besatzungsarmee irgendwie vereinbaren läßt. Das Fortbestehen der bisherigen Sperre im Güter- und Warenverkehr würde eine Arbeitslosigkeit, Elend und Unruhe in einem Maße hervorrufen, das auch den Alliierten nicht wünschenswert erscheinen kann.

Genehmigen Sie, Herr Marschall, den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

gez. Erzberger, Staatssekretär.

Se. Exzellenz Staatssekretär Erzberger,
Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission, Trier.

Trier, den 16. Januar 1919.

Herr Staatssekretär!

Ich begreife, von welchem Interesse die Rückbeförderung der gegenwärtig in den Händen der alliierten Regierungen sich befindenden Gefangenen für Deutschland ist. Ich beabsichtige, Ihre Bitte, die hauptsächlich auf die rasche Rückbeförderung der die meiste Teilnahme einflößenden Kategorie hinzielt, diesen Regierungen zu übermitteln und bei ihnen zu befürworten.

Was die Beziehungen zwischen den besetzten und nicht besetzten Gebieten betrifft, so bleibe ich bereit, den Warenaustausch in den Grenzen eines mit der Sicherheit der Armeen zu vereinbarenden Maßes zu gestatten.

Nehmen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung. F. Foch.

Clemenceau über die Friedensverhandlungen.

Paris, 17. Jan. (Havasmeldung.) In der Kammer sagte Ministerpräsident Clemenceau am Donnerstag nach der Verlesung der Interpellationen der vereinigten Sozialisten u. a.: Die Arbeiten der Friedenskonferenz werden im Geiste der Herzlichkeit und vollkommenen Versöhnlichkeit fortgesetzt. Die Regierung beabsichtigt nicht, ihre Politik gegenüber Rußland zu ändern. Bei Erwähnung der Tatsache, daß sich bei der Konferenz Unstimmigkeiten geltend gemacht hätten, erklärte Clemenceau: Wenn es nicht verschiedene, bisweilen sogar entgegengesetzte Meinungen gäbe, brauchte man nicht erst zusammenzutreten. Wir sind gerade deshalb zusammengetreten, um die verschiedenen Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Tausende von Fragen werden aufgeworfen. Zum erstenmal vereinigen sich die Abgeordneten aller Nationen der Welt, zum erstenmal ist der Gedanke aufgetreten, sich über mehr oder minder kleinliche Erwägungen zu erheben, um zu versuchen, die Bedingungen eines allgemeinen Friedens zu schaffen, der eine ruhige Entwicklung der Zivilisation gewährleistet. Das ist ein großes, schwer zu verwirklichendes Ziel.

Die spartakistischen Umtriebe.

Vier Spartakusführer auf der Flucht erschossen.

Berlin, 18. Jan. In der vergangenen Nacht versuchten vier Spartakusführer, die während der Spartakusunruhen in Spandau verhaftet worden waren, im Tempelhofer Feld einen Fluchtversuch. Das Begleitkommando schoß auf die Flüchtlinge, als sie nicht stehen blieben, und tötete alle vier.

Merkwürdiges Verhalten der Spartakisten.

Man fragt sich in diesen Tagen des Schreckens in Berlin vergeblich, warum sich die Spartakisten in der Hauptsache liberale und demokratische Blätter zur Besetzung ausgesucht haben. Wollten sie vielleicht erreichen, daß die sozialistische Regierung im Falle eines scharfen Auftretens gegen die Terroristen in den konservativen Blättern gelobt werde? Man könnte fast auf den Verdacht kommen, daß es ihnen auch bei ihrer Taktik den Zeitungen gegenüber nur darauf angekommen ist, der Regierung Ebert-Scheidemann nach Möglichkeit neue Schwierigkeiten zu bereiten!

Das Ende der Republik Cuxhaven.

Hamburg, 17. Jan. Wie die „Hamb. Nachr." aus Cuxhaven melden, stand am Donnerstagmorgen 8 Uhr, nachdem dem Arbeiter- und Soldatenrat auf die aufgestellten Forderungen der Reichs-, Staats- und übrigen Beamten eine Antwort nicht eingegangen war, plötzlich der Verkehr des Staatsbetriebes still. Auf Einladung des Beamtenkartells fand eine Versammlung von über 5000 Mann auf dem Marktplatz statt, wo mehere Redner, auch Sozialisten, sprachen. Der Demonstrationszug zog nach der Kommandantur, deren Fenster mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten gespickt waren. Es gelang der Kommission in das Gebäude zu kommen und mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln. Diese gibt heute abend bekannt, daß der Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. Januar, der zur Erklärung der Republik Cuxhaven geführt hat, rückgängig gemacht werde. Der Hamburger Senat erklärte sich bereit, in Zukunft mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammenzuarbeiten und den Wünschen der Arbeiter und Beamten Rechnung zu tragen. Jeglicher Geldverkehr sowie der Verkehr der Reichsbehörden gehen ihren alten Gang

Der Streik im Ruhrrevier.

Hamborn, 18. Jan. Der Streik auf den Schächten der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" ist heute vormittag beigelegt worden. Die Mittagsschichte fährt wieder ein, nachdem eine Einigung zwischen dem Arbeiterrat und den Angestellten der Bergbau-Verwaltung sowie den städtischen und staatlichen Beamten erzielt worden ist.

Die Reichskontrolle über das Kohlensyndikat.

Essen a. d. R., 18. Jan. Die Kommission unter der Führung des von den Arbeiter- und Soldatenräten des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks ernannten Volkskommissars hatte am Donnerstag eine Sitzung mit der Reichsregierung und gestern eine weitere Besprechung, zu der Oberbürgermeister Dr. Luther, Huß und verschiedene Herren vom Bergbau-Verein und vom Kohlensyndikat zugezogen waren. Heute tagte eine Unterkommission, an der zwei Beigeordnete der Kohlenkommission teilnahmen. Über den Ausgang derselben kann schon so viel gesagt werden, daß die Reichskontrolle über das Kohlensyndikat und den Bergbau-Verein als gesichert erscheint.

Sozialisierungsversuche in der Hochseefischerei?

Köln, 17. Jan. Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin vom 17. d. M.: Einige Matrosenräte beschäftigen sich mit großem Eifer mit einer terroristischen Propaganda für die Sozialisierung der Hochseefischerei, nachdem sie diese Sozialisierung schon vorher praktisch in die Hand genommen, aber keine Erfolge damit zu verzeichnen hatten. Durch diese Propaganda ist eine große Unruhe bei den Privatunternehmen der Hochseefischerei erzeugt worden. Die Unternehmungslust dieser Kreise wurde lahmgelegt und dadurch ist eine geringe Belieferung des Fischmarktes zu befürchten.

Ausscheiden der Unabhängigen aus der sächsischen Regierung.

Dresden, 18. Jan. Die drei sächsischen Minister der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, Fleißner, Geyer und Liponski, haben am Donnerstag ihre Ämter niedergelegt.

Dresden, 17. Jan. Die Minister Bruck, Gradnauer und Schwarz veröffentlichen eine Bekanntmachung, wonach sie die Leitung sämtlicher Staatsgeschäfte übernommen haben. Zum einstweiligen Vorsitzenden ist Gradnauer bestimmt worden.

Oberpräsident Batocki als Freiwilliger der ostpreußischen Volkswehr.

Königsberg, 16. Jan. Oberpräsident v. Batocki erläßt einen Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die ostpreußische Volkswehr, an dessen Schluß es heißt: Weil die Zeit weniger ermahnende Worte als beispielgebende Taten fordert, werde ich, selbst anfangs Februar, wo ich mit dem größten Teil meiner Arbeit vorläufig wohl fertig sein werde, trotz meiner 51 Jahre in die Volkswehr eintreten, und zwar, da es mir an der zur Truppenführung nötigen Grunderfahrung fehlt, als einfacher Soldat. Oberpräsident v. Batocki.

Deutsch-holländischer Warenaustausch.

Amsterdam, 18. Jan. Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge führte die Besprechung zwischen Holland und Deutschland zum Abschluß einer Übereinkunft, nach der im Austausch von Kohle und Salz aus Deutschland Fische und Gemüse dorthin ausgeführt werden.

Die irische Nationalversammlung.

Dublin, 16. Jan. (Reuter.) Aus dem Hauptquartier der Sinnfeiner wird mitgeteilt, daß die gesetzgebende Versammlung am 21. Januar in der Mansionhall in Dublin zusammentreten wird.

Die Kabinettskrise in Ungarn.

Budapest, 18. Jan. (Meldung des Ungarischen Korr.-Bureaus.) Ministerpräsident Michael Karolyi schlug den Justizminister Dr. Beringay zum Ministerpräsidenten, der mit der provisorischen Versehung der Geschäfte des Ministerpräsidenten betraut war, vor. Dr. Beringay wird noch im Laufe des Tages sein Kabinett bilden. Das scheidende Kabinett wird heute nachmittag 5 Uhr seinen letzten Ministerrat abhalten.

Die Tschecho-Slowaken in Mähren.

Mährisch-Ostrau, 18. Jan. Die „Ostrauer Zeitung" meldet aus Mährisch-Neustadt: Bei einer von der tschecho-slowakischen Besatzung vorgenommenen Haussuchung nach Waffen kam es zu Ansammlungen auf den Straßen, die schließlich in Schießereien ausarteten. Einige Personen überfielen die Wache, entwaffneten sie und zogen gegen die Kaserne. Hier wurden sie jedoch von den tschecho-slowakischen Soldaten nach kurzem Gefecht überwältigt, wobei Einheimische schwer verletzt und mehrere leicht verwundet wurden. Der Vorfall hatte zur Folge, daß die tschecho-slowakische Besatzung bedeutend verstärkt wurde und die Stadt 14 Geiseln stellen mußte, die für die weitere Aufrechterhaltung der Ruhe zu haften haben.

China.

Amsterdam, 18. Jan. Nach dem „Algemeen Handelsblad" melden die „Times" aus Peking, daß die Friedensverhandlungen zwischen Nord- und Südchina aufgeschoben wurden.

Der Rücktransport aus der Ukraine.

Die verworrenen politischen Verhältnisse in der Ukraine und in den angrenzenden Bezirken haben es mit sich gebracht, daß unsere Truppen an manchen Stellen in eine schwierige Lage geraten sind. Im Norden werden sie von bolschewikischen Banden bedrängt, während in der Ukraine selbst bis vor kurzem der Bürgerkrieg tobte, so daß zeitweilig der Verkehr stark beeinträchtigt war und der Abtransport stellenweise stockte. Auch gegenwärtig ist die neue Regierung noch nicht derartig Herrin der Lage, um die mit den deutschen militärischen Stellen getroffenen Vereinbarungen über den geregelten Abtransport vollkommen durchführen zu können. Immerhin ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß alle unsere Truppen ungefährdet die Heimat erreichen werden, sofern sie nur unter sich die Ordnung und Geschlossenheit bewahren. Die Reichsregierung hat gemeinschaftlich mit dem Zentralrat und der Delegation der Ostfront sich nochmals mit einem Aufruf zum festen Zusammenhalten an unsere Truppen im Osten gewandt. Wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten, kann man mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß etwa Anfang März die letzten deutschen Truppen die Ukraine verlassen haben werden. Die Regierung ist vor allem bemüht, den Transport auf der allein zur Verfügung stehenden Beförderungsstrecke Kowel-Brest-Litowsk-Prostken durch verstärkten Bahnschutz und vermehrte Gestellung von Transportmaterial zu fördern. Infolgedessen ist der Verkehr seit Weihnachten schon um vier Züge täglich vermehrt worden, und weitere Vermehrung steht bevor; auch ist die Sicherheit auf dem Transport durch Heranziehung von Freiwilligen für den Bahnschutz und durch Verständigung mit den ukrainischen Stellen in letzter Zeit gewachsen. Nachrichten über den Stand der Abbeförderung werden fortlaufend durch die Presse bekanntgegeben werden.

Warum der Kaiser nach Holland ging?

Der bekannte Amsterdamer Professor Lanz war mit dem inzwischen wieder nach Berlin abgereisten Dr. Förster nach Amerongen zum deutschen Kaiser gerufen worden. Er teilte einem Ausfrager des „Algemeen Handelsblad" mit, daß der Kaiser an den Folgen einer Grippe leide. Vor drei Wochen hatte der Professor zu beschließen, ob eine Operation nötig sei. Der Patient hatte damals leichtes Fieber, so daß alle Aufregung, namentlich durch das Lesen von Zeitungen, vermieden werden mußte. Professor Lanz stand dann Rede auf die Frage, warum im November der Kaiser überhaupt weggegangen und dann gerade nach Holland übergetreten sei. Der Befragte konnte darüber um so eher Auskunft geben, als der Kaiser selbst sich ihm gegenüber hierzu ausgesprochen hatte. Der Kaiser sagte, er hätte bei den Truppen bleiben können. Das sei auch bis zuletzt seine Absicht gewesen, allein es sei ihm unmöglich geworden durch die um ihn herum in Belgien ausbrechenden revolutionären Bewegungen, die das Hauptquartier bedrohten. Weiter wurde die Absicht durch die Meutereien am Rhein vereitelt, durch die die Brückenköpfe in die Hände der Revolutionäre übergegangen waren. Wenn der Kaiser bei den aus dem Felde heimkehrenden Truppen geblieben wäre, so hätte der Verband die Hungerblockade zur Erzwingung der Auslieferung verschärft, und das wäre eine ewige Schmach für das deutsche Volk gewesen. Der Kaiser hätte sich auch einem der feindlichen Generale ergeben können. An dritter Stelle hatte er alle Truppen zu einem letzten Angriff, einem verzweifelten Durchstoß und einem ruhmreichen Tod vereinigen können. Da jedoch der Waffenstillstand, nach dem das Heer und das Volk so sehr verlangten, bevorstand, konnte der Kaiser es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, das Leben auch nur eines einzigen deutschen Soldaten zu opfern. Er hätte einen Kern treuer Frontruppen zusammenziehen und damit nach Berlin marschieren können, um die Herrschaft seines Hauses mit dem Schwerte zu befestigen. In diesem Falle hätte er, da Köln, Koblenz und andere Orte in den Händen der Revolutionäre waren, die Städte erst erstürmen müssen, was einen Bürgerkrieg entfesselt hätte. In dieser unmöglichen Lage schloß der Kaiser als verfassungstreuer Monarch, so wie er während seiner ganzen Regierung und während des Krieges stets in allen wichtigen Angelegenheiten getan hatte, dem Rat seiner verantwortlichen Ratgeber zu folgen. Das waren in diesem Falle der Feldmarschall, der Generalquartiermeister und der Vertreter des Auswärtigen Amtes. Ihr Rat lautete einstimmig: Nach Holland.

Zum Untergang des Dampfers „Chaouia".

Marseille, 18. Jan. Die letzten Nachrichten geben an, daß von den 750 Passagieren des Dampfers „Chaouia" (nicht „Charroi") 184 gerettet worden sind. Der ganze Generalstab wurde gerettet. Mehrere französische Begleitschiffe konnten 92 französische Passagiere und 80 anderer Nationalitäten auffischen.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Zum Verkauf von Ersatzlebensmitteln.** In einem Teil der Presse — so schreibt das Reichsernährungsamt — ist behauptet worden, daß der Verkauf von Ersatzlebensmitteln so lange erlaubt sei, bis die Nichtgenehmigung amtlich verkündet worden ist. Diese Auffassung der Rechtslage ist unzutreffend. In der Bundesratsverordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März 1918 ist ganz allgemein bestimmt, daß Ersatzlebensmittel nur verkauft werden dürfen, wenn sie von einer Ersatzmittelstelle genehmigt worden sind. Der Verkauf eines nichtgenehmigten Ersatzlebensmittels ist schlechthin verboten. Eine amtliche Verkündung der Nichtgenehmigung ist in der Verordnung nicht vorgeschrieben. Dagegen ist in der Verordnung bestimmt, daß jeder Händler der Ersatzlebensmittel erwirbt, dies nur gegen Aushändigung einer Bescheinigung über die erfolgte Genehmigung, die auch durch einen Vermerk auf der Rechnung oder auf der Packung ersetzt werden kann, tun darf. Alle Beteiligten werden daher dawor gewarnt, der obigen unzutreffenden Angabe Glauben zu schenken.

— **Verkauf von Lebensmitteln aus den Heeresbeständen.** Das Reichsernährungsamt schreibt: In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Lebensmittel aus Heeresbeständen dem freien Handel zugeführt wurden. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Heeresangehörigen sich strafbar machen, so werden auch die betreffenden Käufer zur Verantwortung gezogen. Lebensmittel, auch Marketenderware, welche die Heeresverwaltung nicht benötigt, dürfen nur den mit der öffentlichen Bewirtschaftung beauftragten Stellen (Kriegsgesellschaften, Regierungspräsidenten, Kommunalverbänden usw.) angeboten werden. So weit diese Stellen nicht ohne Genehmigung zur Übernahme berechtigt sind, haben sie sich an die vorgesetzte Dienststelle zu wenden.

— **Betriebsgemeinschaft kaufmännischer Verbände (BKV.).** Über dem Zusammenschluß kaufmännischer Verbände, über den wiederholt berichtet wurde, bestehen vielfach noch irrige Ansichten. Zunächst haben sich, wie man uns schreibt, zu einer sog. Betriebsgemeinschaft (Zusammenlegung zahlreicher Einrichtungen unter Wahrung des jeweiligen grundsätzlichen Verbandsstandpunkts) zusammengeschlossen der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Kaufmännische Verein von 1858, beide in Hamburg, sowie der Versicherungsbeamtenverband, Sitz München. Der Beitritt weiterer Vereinigungen ist vorgesehen und steht in Aussicht. Der hiesigen Ortsvertretung der Betriebsgemeinschaft haben sich für Wiesbaden ausdrücklich angeschlossen der Kreisverein Wiesbaden im Verband deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig) und die hiesige Ortsgruppe des Katholischen kaufmännischen Vereins (Sitz Essen). Die genannten Vereinigungen werden künftig alle Berufsfragen der Handlungsgehilfenschaft selbständig und gemeinsam behandeln.

— **Der Verkehr mit Fahrrädern** ist künftig keinen Beschränkungen mehr unterworfen; auch eine Abstempelung der Radfahrkarten ist hinfürhin nicht mehr erforderlich, nachdem im Auftrag des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung die Bekanntmachung, betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Fahrradbereifungen, vom 12. Juli 1916 nebst zugehörigen Anweisungen, die Bekanntmachung, betr. Höchstpreise von Fahrradbereifungen, vom 25. Januar 1917 und die Bekanntmachung, betr. Anweisung für die Enteignung der Fahrradbereifung, vom 12. Juli 1916 aufgehoben worden sind.

— **Verkehr mit Esel-, Maultier- und Mauleselfleisch.** Im Gegensatz zum Pferdefleisch war bisher das Fleisch der übrigen Einhufer (Esel, Maultiere und Maulesel) von jeder Verkehrsregelung frei. Da sich daraus Unzuträglichkeiten ergeben haben (Verkauf angeblichen Eselfleischs zu uns wöhnlich hohen Preisen), ist durch Verordnung des Staatssekretärs des Reichsernährungsamts vom 2. Januar 1919 bestimmt worden, daß die geltenden Vorschriften über den Verkehr mit Pferdefleisch und mit Schlachtpferden auch auf Esel-, Maultier- und Mauleselfleisch und die zur Schlachtung bestimmten Esel, Maultiere und Maulesel Anwendung zu finden haben.

— **Wer ist die Tote?** Im Frankfurter OstHafen ist eine Leiche geländet worden, die bereits längere Zeit im Wasser gelegen hat. Es handelt sich dabei anscheinend um ein Dienstmädchen, etwa 30 Jahre alt, 1,65 Meter groß, kräftig und hatte rotblondes Haar. Bekleidet war sie mit einem braunen Wollrock mit großen Knöpfen, braunem, großkarierten Kleid, buntländ. leinenem Unterrock mit blauen Streifen, weißem Hemd mit bunten Spitzen, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Konzert.** Samstag wird Frau Anna Gairabetowa, eine hiesige Gesangslehrerin, mit einigen ihrer Schülerinnen einen Vortragsabend im Saale des Hirschgraben veranstalten.

Sport.

* **Zum Wiederaufbau des Turnens** sind dem Kreise Schwaben der Deutschen Turnerschaft 50 000 M. gestiftet worden. Auch andere Kreise, Rheinland-Westfalen (8b und 8a), sowie Norden (4) und Provinz Sachsen-Anhalt (3c) haben Zuwendungen erhalten. Im Kreise Mark Brandenburg (3b) ist der Beitritt verschiedener Stadtverwaltungen durch Zahlung jährlicher Beiträge bemerkenswert.

* **Leibesübungen im Heer.** Das preußische Kriegsministerium gibt für die bis auf weiteres noch unter Waffen gebliebenen Jahrgänge 1896 bis 1899 Richtlinien, nach denen die freiwillige Teilnahme an Leibesübungen aller Art gefördert werden. Die Leibesübungen sollen in erster Linie in freier Luft abgehalten werden. Exerzierhäuser, Turnhallen usw. sind jedoch gleichfalls soweit möglich frei zu machen. Anerbieten von Verbänden und Vereinen zur Leibesübungen zur Mithilfe sind dankbar anzunehmen.

* **Sport des weiblichen Geschlechts.** Die Deutsche Sportbehörde für Athletik hat einen Ausschuß, bestehend aus Leutnant Runge-Görden, Prof. Dr. Steffen-Lübeck und Rechtsanwalt Manz-München, bestellt, um unter Mitwirkung von Ärzten Richtlinien für die Beteiligung des weiblichen Geschlechts am leichtathletischen Sport auszuarbeiten.

Vermischtes.

Der Grippe-Bazillus. Wie der „Kölnischen Zeitung" mitgeteilt wird, ist es sowohl Dr. v. Angerer in München als auch dem Privatdozenten Dr. Prell in Stuttgart gelungen, ein filtrierbares Kleinlebewesen aus dem Blut von Grippekranken zu züchten. Diese Befunde bestätigen die von dem Privatdozenten Dr. Erich Leschke (Berlin) im November in der Berliner medizinischen Gesellschaft vorgetragenen Ergebnisse von Züchtungs- und Übertragungsversuchen, wonach der Erreger der Influenza ein filtrierbares Virus ist, für das Dr. Leschke den Namen Mikrozoon Influenzae vorschlagen hat. Der Pfeiffersche Influenzabazillus spielt demnach nur eine sekundäre Rolle ebenso wie die Streptokokken, namentlich als Erreger der Lungen- und Brustfellentzündungen bei Grippe. Auch Professor Nicol vom Institut Pasteur hat neuerdings unabhängig von Dr. Leschke Versuchen in der Neukaledonie die mehrere berichtet, daß der Erreger der Grippe ein filtrierbares Virus ist. Die ersten Übertragungsversuche mit Kulturen hat Dr. Leschke angestellt.

Rodin-Fälschungen. Pariser Blättern zufolge wurden ein gewisser Bongon de Chalus und der italienische Bildhauer Achille Fidi verhaftet unter der Beschuldigung, fälschlich mit dem Namen Rodin gezeichnete Bronzen in den Handel gebracht zu haben. Die Bronzen wurden in der Gießerei der Gebrüder Montagutelli hergestellt. Wie „Petit Parisien" mitteilt, soll Fidi wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein.

Handelsteil.

Banken und Geldmarkt.

* **Hamburger Hypothekenbank.** Im Geschäftsjahr 1918 betrugen die Einnahmen an Hypothekenzinsen 24 780 927 Mark (i. V. 24 760 600 M.), an sonstigen Zinsen 1 484 881 Mark (1 207 807 M.) an Gebühren 675 628 M. (533 145 M.) und an Geldgewinn aus Pfandbriefen 210 728 M. (229 484 Mark). Dazu kommen 1 606 575 M. (1 538 633 M.) Vortrag, zusammen 28 758 542 M. (27 184 928 M.). Nach Abzug der Pfandbriefzinsen mit 20 760 740 M. (20 510 327 M.), der Unkosten von 1 286 767 M. (1 071 006 M.) und der Rückstellung für Talonsteuer 200 000 M. (150 000 M.) bleibt ein Reinüberschuß von 6 621 534 M. (5 649 396 M., nachdem noch 500 000 M. für Hypothekenausfall zurückgestellt worden waren). Es werden wieder (wie schon berichtet) 10 Proz. Dividende beantragt. Der Rücklage II sollen 501 516 M. (444 666 M.) überwiesen, als Gewinnanteile an Vorstand und Prokuristen 293 387 M. (259 785 M.) und als Gewinnanteile des Aufsichtsrats 224 420 M. (229 600 M.) verwandt, der Beamtenunterstützungskasse 55 005 M. (0) zugewiesen und 1 948 606 M. (1 606 375 M.) vorgetragen werden.

Industrie und Handel.

fr. **Konkurse.** Die Anzahl der Konkurseröffnungen hat im Dezember eine Zunahme gegenüber dem November zu verzeichnen. Es sind nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank" 77 Konkurse eröffnet worden gegen 54 im November 1918 und 69 im Dezember 1917. — Für das ganze Jahr 1918 berechnet die genannte Zeitschrift die Anzahl der Konkurseröffnungen auf 806 (1917: 1236, 1916: 2277, 1915: 4580 und 1914: 7728).

* **Verlängerung der Verjährungsfristen in Deutsch-Österreich.** In einer kürzlich erlassenen Vollzugsanweisung des Deutsch-Österreichischen Staatsamts für Justiz hat dieses, wie der Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband in Berlin mitteilt, einem dringend geäußerten Wunsche der deutsch-österreichischen Geschäftswelt Rechnung getragen, indem es in Würdigung der durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten bei der Eintreibung von kaufmännischen und anderen Außenständen, für die bisher eine Verjährungsfrist von drei Jahren bestand, die Verjährungsfrist in Ansehung gewisser Forderungen hinausgeschoben hat. Interessenten erfahren Näheres bei der Geschäftsstelle des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, Berlin W. 35, Am Karlsbad 16.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Hauptschriftleiter: L. Hegerhorst.

Verantwortlich für Leitartikel: L. Hegerhorst; für politische Nachrichten: H. Günther; für den Unterhaltungsteil: H. v. Nauendorf; für den lokalen und provinziellen Teil und Gerichtssaal: J. B.; M. Ey; für den Handel: M. Ey; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornauf, sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der L. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Kommentar

zur Verordnung des Oberbefehlshabers der X. Armee vom 9. 1. 1919, welche die Anmeldung von Material betrifft, das früher Eigentum der deutschen Militärbehörde war.

Die französische Militärbehörde erläßt folgende Erläuterungen zu der am 9. Januar erlassenen Verordnung betreffs Anmeldung und Auslieferung von Gegenständen jeglicher Art, die deutsches Militärgut waren und nach Eintreten des Waffenstillstandes gekauft, übertragen oder entwendet worden sind:

Wenn die Auslieferung dieser Gegenstände oder die Rückgabe des Wertes derselben verlangt wird, so liegt es nicht in der Absicht der französischen Militärbehörde, diejenigen (Gesellschaften oder Privatpersonen) zu bestrafen, welche die Gegenstände in gutem Glauben gekauft oder erhalten haben. Die genannte Verordnung bezieht sich in erster Linie auf alle diejenigen Gesellschaften und Privaten, die einen Zweifel über die Herkunft der Gegenstände nicht haben können, da sie dieselben direkt von der deutschen Armee oder vom Arbeiter- und Soldatenrat gekauft, erhalten oder weggenommen haben, aber auch alle diejenigen Personen, die die Gegenstände aus zweiter, dritter usw. Hand erhalten haben, müssen die vorgeschriebene Anzeige machen, wenn sie aus der Natur des Gegenstandes, aus den daran angebrachten Zeichen oder aus irgend welchen anderen Umständen den Verdacht haben, daß diese Gegenstände früher der deutschen Armee gehörten. Diese Vorschrift bezweckt, die Beteiligten vor dem Verdacht unlauterer Absicht und daher vor einer Bestrafung zu schützen.

Alle Meldungen, die sich auf solche Gegenstände, die mehrmals ihren Besitzer wechselten, beziehen, werden von der französischen Behörde geprüft; die selbe wird keinesfalls verlangen, daß diese Gegenstände zweimal ausgeliefert oder bezahlt werden.

Der Magistrat macht deshalb darauf aufmerksam

1. **daß alle Gegenstände, die früher im Eigentum der deutschen Militärbehörde gestanden haben und zwar nicht nur diejenigen, die sich die betreffenden Personen angeeignet oder vom Arbeiter- und Soldatenrat erhalten oder gekauft haben, anzugeben sind, sondern auch alle diejenigen Gegenstände, die durch Kauf, Tausch oder auf irgend eine andere Art, sei es direkt von der deutschen Militärbehörde oder aus zweiter, dritter usw. Hand in das Eigentum der Anmeldenden übergegangen sind.**
2. **Die Angabe hat zu erfolgen bei dem Magistrat der Stadt Wiesbaden unter genauer Angabe des Datums des Erwerbs, evtl. des Verkäufers und evtl. des Kaufpreises.**
3. **Die Anmeldungen haben spätestens bis zum 25. Januar schriftlich zu erfolgen an Zimmer 24 des Rathauses; auf dem Briefumschlag ist anzugeben: „Betrifft Anzeige von deutschem Militär usw.“.**

Wiesbaden, den 20. Januar 1919. F 242

Der Magistrat.

Verordnung

über die Regelung des Bezugs und Verbrauchs von Saatkartoffeln in Wiesbaden.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September u. 4. November 1918 und der Verordnung über Saatkartoffeln vom 16. November 1918 wird folgendes verordnet:

1.

Saatkartoffeln im Sinne dieser Verordnung sind alle Sorten Kartoffeln zur Erzeugung von Frühkartoffeln und Spätkartoffeln.

Der Verordnung unterliegen alle in Wiesbaden vorhandenen und alle später nach Wiesbaden eingeführten Saatkartoffelmengen.

2. Verteilungsmaßstab.

An Saatkartoffeln dürfen für die Quadratrute = 25 Quadratmeter = 10 Pfund, für den Morgen = 100 Quadratruten = 10 Zentner, aufgewandt werden.

3. Verteilungsverfahren.

Saatkartoffeln dürfen gewerbsmäßig nur gegen Bezugsschein abgegeben werden.

Die Bezugsscheine geben nur das Höchstmaß, dessen an, was dem einzelnen verabfolgt werden darf; ein Lieferungsanspruch besteht nicht. Lieferung erfolgt nur soweit Ware vorhanden ist.

Saatkartoffeln dürfen nach auswärts ohne Genehmigung des Magistrats weder von Händlern noch von Privathaushaltungen ausgeführt werden.

4. Meldepflicht.

Wer zum Zweck des gewerblichen Verkaufs Saatkartoffeln besitzt, Saatkartoffeln nach Wiesbaden einführt, hat diese Menge unverzüglich beim Städtischen Kartoffelamt, Friedrichstraße 9, 2, schriftlich anzumelden.

Privathaushaltungen, welche Saatkartoffeln besitzen oder solche von auswärts erhalten, haben diese Menge auf einem besonderen Antragsformular beim städt. Kartoffelamt, Friedrichstraße 9, 2, anzumelden.

5. Beschlagnahme.

Der Magistrat ist ermächtigt, alle von auswärts zum Zwecke gewerblichen Verkaufs nach Wiesbaden eingeführten Saatkartoffeln und alle in Wiesbaden zum Zwecke des Weiterverkaufs geernteten Saatkartoffeln gegen Zahlung des jeweiligen Erzeugerhöchstpreises und der etwa entstandenen erstattungspflichtigen Transportkosten zu beschlagnahmen.

6. Ausführungsbestimmungen.

Der Magistrat erläßt alle zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen.

7. Strafbestimmungen.

Wer den vorstehenden Anordnungen und den hierzu zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, oder Saatkartoffeln zu anderen Zwecken verwendet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

8. Inkrafttreten.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. F 242

Wiesbaden, den 17. Januar 1919.

Der Magistrat.

Sammetweich

wird die Haut bei Gebrauch meiner herrlich duftenden

Glycerinmilch.

Flasche mit Spritzkork 2.75 Mk.

Drogerie Bade, Taunusstraße 5.

Feldpolizeiliche Verordnung.

Betreffend das Einsammeln, das Feilbieten und den Verkauf von Weidenkätzchen.

Auf Grund des § 5 der Verordnung vom 20. September 1867 wird mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten für den Stadtkreis Wiesbaden das Folgende bestimmt:

§ 1.

Das Abschneiden, bezw. Einsammeln, das Feilbieten und der Verkauf von Weidenkätzchen ist verboten.

§ 2

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mk., oder mit Haft bis zu 6 Tagen bestraft.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft. F 242

Wiesbaden, den 13. Januar 1919.

Der Oberbürgermeister.
J. A.: Borgmann.

Dampffährenbetrieb Bingen-Rüdesheim

Am **Montag, den 20. Januar d. Js.** wird mit Genehmigung der französischen Aufsichtsbehörde der eisenbahneitige Dampffährenbetrieb zwischen Bingen und Rüdesheim in beschränktem Umfange wieder aufgenommen.

Es verkehren:

Fahrt	1	Bingen	ab 5.25	Rüdesheim	an 6.10	Vm.
„	2	Rüdesheim	„ 6.35	Bingen	„ 6.58	„
„	5	Bingen	„ 8.45	Rüdesheim	„ 8.58	„
„	8	Rüdesheim	„ 9.35	Bingen	„ 9.48	„
„	9	Bingen	„ 10.15	Rüdesheim	„ 10.30	„
„	12	Rüdesheim	„ 12.20	Bingen	„ 12.30	Nm.
„	13	Bingen	„ 12.40	Rüdesheim	„ 12.52	„
„	14	Rüdesheim	„ 1.30	Bingen	„ 1.40	„
„	15	Bingen	„ 2.00	Rüdesheim	„ 2.12	„
„	16	Rüdesheim	„ 2.35	Bingen	„ 2.48	„
„	23	Bingen	„ 5.25	Rüdesheim	„ 5.35	„
„	24	Rüdesheim	„ 5.55	Bingen	„ 6.08	„
„	27	Bingen	„ 7.25	Rüdesheim	„ 7.44	„
„	30	Rüdesheim	„ 8.35	Bingen	„ 8.52	„

Mainz, den 18. Januar 1919. F 169

Eisenbahndirektion Mainz.

Die Leistungen und Lieferungen zur Herstellung eines Bahnmeisterwohnhauses auf Bahnhof Niedernhausen sollen nach Handwerkerlosen getrennt öffentlich vergeben werden. Angebotsbriefe sind gegen post- und bestellgeldfreie Einsendung von 1.50 Mk. für Erd- und Maurerarbeiten, 1 Mk. für Zimmerarbeiten, 1 M. für Dachdeckerarbeiten, 1.40 Mk. für Tischler- u. Schlosserarbeiten bei der Bahnmeisterei Niedernhausen und dem Betriebsamt 3 Frankfurt a. M. erhältlich. Daselbst können die Unterlagen auch eingesehen werden. Eröffnung der mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote am 25. Jan. 1919, 11 Uhr vormittags, im Zimmer 47 des Eisenbahnbetriebsamts 3 Frankfurt a. M., Poststraße 6. Zuschlagsfrist: 4 Wochen. F 169

Reparaturen an **Uhren** u. Schmuck in eig. Werkstatt schnell, sauber und gut

Bok, Langgasse 4.

Parkettboden- und Linoleumwachs,

flüssige Bohnermasse, fest. Parkettwachs und Stahlspäne verkäuflich. 66

W. Gail Wwe., Schwalbacher Straße 2. Telephon 84.

Wieder eingetroffen!

Alle Stoffarben

Drogerie Machenheimer

Arbeiterschürzen

kein Zahlen, sind zu haben bei Sperber, Dotzheimer Straße 20.

Naturhaar-Zöpfe

in größter Auswahl.

Damen-Friseur **Dette**, Michelsberg 6.

Spangen

repariert Schlosser, Ariseur, Sedanstraße u. Wa.ramstraße-Ecke.

Soda Kernstärke Salzsäure Benzin

eingetroffen Viktoria-Drogerie, Rheinstraße 101.

Schnellsohlerei

Schwalbacher Straße 23

Reparaturen sofort u. billig. Ia Kernleder!

Ia Ia Bohnerwachs, auch Stahlspäne u. Stahlschrubber, sehr handlich u. vorteilhaft. Drog. Bade, Taunusstraße 5.

Französische Sprachführer

H. Gieß, Buchhdlg., Rheinstrasse 27 (a. Hauptp.).

Beleuchtungskörper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise.

Flack, Luisenstrasse 44 neben Residenztheater. 74

Husten.

Wiesbadener Tabletten

gebraucht man gegen Husten, Heiserkeit, Rachenkatarrh und dergl. mehr. 1407

Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.

Feldgrauer Stoff

für Mäntel und Kostüme liefert

Damenschneider Alt, Am Römertor 7.

Grabdenkmal- und Friedhofskunst

Haupt-Geschäftsstelle und ständige Ausstellung:

Nikolasstraße 8 | Wiesbaden | Telephon 404.

Schuhmacherei

Sohlen u. Fleck w. noch genommen, und mit prima Kernleder sauber und gut verarbeitet. Thiel, Bleichstr. 45, 3 lks.

Sohlen und Absätze

in Kernleder, w. angefert. Häfnergasse 16 bei Lösch.

Starke Eimer

Stück 1 Mk. Goldschmidt, Philippsbergstr. 33, 2 l.

Das Schneiden der Obstbäume

und Sträucher, sowie alle Gartenarbeit wird sachgemäß ausgeführt

Nikolasstraße 17, III Schäfer.

Tüchtige selbständige Gärtnerin übernimmt sofort Geschäftsführung od. kleinere Ausführungen. Offerten unter R. 470 an den Tagbl.-Verlag.

Einige gute Pferde

leichten u. schw. Schlags, Landau u. Rattermann, Walramstraße 18.

Läufer-Schwein,

2 hochträchtige, in 4 Wochen kammende Ziegen, 2 ältere Schafe zu verk. Ph. Brenkel, Dotzheimer Landstraße 93, rechts Kahle-Mühle.

Krankheitshalber verk. meinen ganzen Hasenbestand: W. R., 15 Pfund schwer, Belg. R., 14 Pfund schw., D. R.-Sch., 12 Pfd. schw. Dies. sind hochfeine Tiere u. eignen sich für Spez.-Züchter zur Frühjahrszucht. Zu erfragen Bleichstraße 51, Laden.

Günst. Gelegenheit!

Sehr g. Bett m. Matratzen, Nußbaumaufsatz sow. mehr. Betten mit u. ohne Aufsatz, auch einz. Bettstellen in Holz u. Eisen, fast neue Roßhaar-, Woll- u. Seegrasmatratzen, eleg. Vertikos mit Spiegel 2 g. Spiegelschr. 60 u. 18 Mk., mehrere Federb. von 30 Mk. an, Kissen, Stühle w. Waschkommode 65, all. sehr b. ll. Werramstraße 25.

Neues Schlafzimmer hell Eichen (Schweinsaug.), preiswürdig zu verk. Klapper, Am Römertor 7, 1 l.

Ein neuer mod. Küchenschrank, 1 gebr. Küchenschrank, 1 Chaiselong. ein hochhaupt. modernes Bett, Sekretär, 1 Klavier sehr billig abzugeben. Schreinerei Schwarz, Moritzstraße 13.

Fast neue leichte Federrolle zu verk. Näheres Gerner, Dotzheimer Straße 65.

Läuferschw. u. i. Hühner sucht Schreiner, Sonnenberg, Wiesbad. Straße 87.

Guterh. Anzug,

mittl. Fig., u. Kragen (41), Unterwäsche 4, eig. Fabr. zu kauf. ges. Kannenberg, Helenenstraße 16.

Teppiche, Läufer

Portieren aller Art, sowie Bettfed., Portieren, Gardinen u. alle ausrangierte Sachen kauft D. Sipper, Nicolasstraße 11. Tel. 4878.

Pianino

gegen bar gesucht. Fräulein P. Prüdl, Rheinstraße 36.

Möbel-Ankauf.

Ich kaufe Bett., Schränke, Sofas, Vertikos u. sämtl. and. Möbel u. Einrichtg. gegen bar u. höchste Bezahlung. Otto Kannenberg, jetzt Helenenstr. 16.

Gebr. Möbel aller Art

ein noch neuer Militärmantel u. Bluse zu kauf. gesucht Hermannstr. 17, 3 St. bei Schorndorf.

Zu hohen Preisen!

kaufe einzelne gebrauchte Möbel, Einricht., Betten, Federbetten, Kannenberg, Walramstraße 17.

Kaufe stets Herde sow. Gasherde, wenn auch reparaturbedürftig, und Fahrräder. Messer, Hellmundstr. 53. Karte genügt.

Gaskocher

Pflamma, weiß emaill. reparaturf., zu kaufen ges. Prätorius, Walkmühlstraße 44, Gth.

Bandsäge

unterhalten, zu kaufen gesucht Angebote unter A. 469 an den Tagbl.-V.

Fortwähr. Hobelspäne

und Sägemehl abzugeben. Anton Fuchs, Kistenfabr., Westendstraße 20.

Lastauto 3—4 Tonnen

Schlafzimmer

pol. m. gr. Spiegelschrank

Kassenschrank zu kaufen

3-5-Zim.-Wohng.

per 1. 4. 19 zu miet. ges. Schriftl. Angeb. an Oskar Sauer, Westendstr. 1, 2.

Neu-Wäscherei

A. Kirsten,

7 Scharnhorststraße 7.

Telephon 4074.

Spez.-Geschäft f. feine Herren-, Damen- und Haushaltungswäsche.

Gardinen auf Neu.

Flügel zu vermieten.

Schmitz, Rheinstr. 52.

Küferwagen

gestohlen word. Gegen Bel. abzug. Heim, Bertramstr. 9, Lad.

23 000 Mark als 2. Hypothek nur von Selbstgeber gesucht. Ang. u. R. 471 Tagbl.-Verlag.

Unbebaute Ackergrundst., Fabrikterrain, Gärten zu verk. Gute Kapitalanlage. Uhlandstr. 16, 2. Tel. 901.

Junges Ehepaar (Beamter) sucht

2-Zimmer-Wohnung

evtl. in Villa). Offert. u. R. 472 an den Tagbl.-V.

Tanzschule

W. Klapper u. Frau

Fortwährender

Unterricht

in allen mod. Tänzen.

Privat- und Einzelunterricht jed. Zeit, auch Sonntags. ::

Demnächst Beginn eines

Extra-Kursus

Gefl. Anmeld. n. erbet. Dotzheimer Straße 20 und Am Römertor 7, I.

Junge Maschinenschreiberin u. Stenograph sind, aussichtsreiche Stell. bei Versicherungsanstalt Abteilung Adolfshöhe. Nassauer Straße 3.

Lehrling

m. g. Schulbild., aus g. Fam. z. 1. 4. 19 ges. Drog. Wachus, Taunusstr. 25.

Der Herr,

welcher auf dem Steueramt Nikolasstr. die Geldmappe aufgehoben hat, wird ersucht, dieselbe sof. Michelsberg 21 (Laden) abzugeben, andernfalls erfolgt Anzeige.

Gold. Kettenarmb.

mit bl. Stein verl. Da Andenken, gegen gute Belohnung abz. Gneisenaustraße 12, Part. links.

Bitte das ges. schw. Tuch a. Kel. abzun. Stiftstr. 2, 1 St. da erkannt.

Silberne Uhr

mit Goldrand verl. Abzug. gegen Bel. Fundbüro.

Schwarzer Pelzmuff

verloren Samstag Nachm. Theater oder Heimweg. Abzugeb. gegen hoh. Belohn. Wellritzstraße 5.

Eine silberne Kuchenkelle

mit Amethystst. verlor. Da Andenken, bitte herzlich den ehrl. Finder dies. gegen Belohn. abzug. bei Klauer, Philippsbergstraße 33.

Verloren gelber Halbpelz Beethovenstr., Lessingstr. Gegen gute Bel. Gustav-Freytagstr. 18, Gth. abz.

Eine Brieftasche

mit Ausweispapieren u. Inhalt verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung abzug., wenn nicht, so anonym zusend. Frankenstraße 8, 2 lks.

Freitagabend ein einzeln. Kinderschuhchen von Blücherstr., Bismarckring nach Göbenstraße 13 verl. Bitte gegen Bel. abz. Göbenstr. 13, 3. l. Witte.

Verloren

Sonntag abend im „Kinophon“ Taunusstraße 1 ein Astrachan-Pelzkragen. Finder ist erkannt und wird um sof. Rückg. gebeten, anderf. erf. Anz. Abzug. „Kinophon“ Taunusstraße 1.

Armbanduhr Samstagabend Taunusstraße verl. Abzug. gegen Bel. Weidenbornstraße 7, 3.

Eine Invalidenk. verl. mit einer Arbeitslosenk. gen. Karl Hilar Zimmermann. Gegen Bel. abzug. Römerberg 7, 3 St.

Ein Wildlederhandschuh grau, verloren. Gegen Bel. abzug. Wellritzstr. 9, Mittelbau Part.

Schäferhund

auf den Namen „Tell“ hör., abhanden gekommen. Abzugeben Michelsberg 30.

Gebild. Geschäftsmann (Luxusbranche), 42 Jahre alt, wünscht mit vermög. Dame oder jung. Witwe ohne Anhang zw. Heirat bekannt zu werden. Gefl. Offerten unter B. 465 an den Tagbl.-Verlag.

Buchhalter

Ende 40, i. langj. Lebensstell., musik., sehr strebs., sucht die Bekanntsch. einer unabh. Fräul. od. kinderl. Witwe, 30—40 J., von ang. Aeuß., mit etw. Heim zwecks Heirat. Hauptbed. tadellos. Ruf u. friedlich. vornehm. Char. Strengste Diskret. zugef. u. verlang. Gefl. Off. mit Bild unt. M. 471 an d. Tagbl.-V.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.

Am 17. Jan.: Rud. Günther Simon, 14 Tage. — 18.: Ehefrau Margarete Fitsch geb. Ung, 42 J.; Taglöhner Johann Reiß, 14 J. — 19.: Schüler Oswald Mehnert, 9 J.; Schuhmachermeister Julius Oppermann, 65 J.; Ehefrau Anna Pillmann geb. Schmitt, 63 J. — 20.: Privatiere Emma Belde, 84 J.

Heute früh wurde

Fräulein Minna Belde

von ihrem langen, schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Donnerstag, den 23. Jan., vorm. 11 Uhr, im Krematorium auf dem Südfriedhof statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren, unersetzlichen Verluste meiner lieben, guten Mutter und unserer einzigen Tochter sagen wir allen, besonders für die zahlreichen Kranzspenden, unseren herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Else Lendle.
Elisabeth Faulhaber Wwe.
Familie Karl Lendle.

Wiesbaden, 20. Januar 1919.
Erbacher Straße 9.

Deutschnationale Volkspartei

Mitgliederversammlung.

Am **Mittwoch, den 22. Januar 1919,** nachm. 5 Uhr, findet in dem **kleinen Saale der Wartburg (Erdgeschoß), Schwalbacher Straße,** eine Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Wahlen zur Nationalversammlung und preußischen Landesversammlung. Besprechung der Kandidatenliste.
2. Ergänzung des Vorstandes.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.

Die Versammlung ist von den zuständigen Behörden genehmigt. F 322

Der Vorstand.

Deutsche demokratische Partei

braucht dringend **freiwillige Helfer und Helferinnen.** Alle Parteifreunde werden dringend gebeten, sogleich sich zu melden in der Hauptgeschäftsstelle **Kirchgasse 74, 1,** oder in den Zweigstellen:

Langgasse 42, Wilhelmstraße 56,
Moritzstraße 41, Wörthstraße 5,
Schwalbacher Str. 38, Bismarckring 2,
Emser Straße 44, Röderstraße 7,
Friedrichstraße 39. F299

Deutsche Volkspartei.

Alle **Damen** und **Herren,** die sich im Dienste unserer Partei **ehrenamtlich** in den nächsten Tagen betätigen wollen, werden gebeten, am

Mittwoch, den 22. Januar,

nachmittags 4 Uhr, auf unserer **Geschäftsstelle, Neugasse 9,** Erdgeschoß, vorzusprechen.

Die **Sprechstunden** für Damen finden **jeden nachmittag** von 4—5 Uhr statt. F322

Eden-Diele!

Taunusstraße 27.

Vornehmes Familien-Lokal.

Eröffnung

Samstag, den 1. Februar.

Künstler-Konzert.

Erstklassige Getränke.

Inh. Frau **Heinrich Braun,** Wwe.

Carbid u. Lampen auf Lager

Carbidgaserzeuger mietweise

Elektr. Licht- u. Kraftanlagen

werden billigst ausgeführt.

F. Burckard, Elektrotech., Dotzheimer Str. 12, P.

Ein Waggon

Ia Gonsenheimer Sellerie

Pfd. **48** Pfg., Ztr. Mk. **45.—**

eingetroffen

in den Verkaufsstellen von

Adolf Harth.

Prima Buchenscheitholz

aus Buchenstämmen auf Ofenlänge geschnitten,

ab Platz Kirchgasse-Residenztheater

Mk. **6.—** per Ztr. — Frei ans Haus gel. ab 5 Ztr.
Mk. **6.50** per Ztr. **M. Reich.**
Best. abzugeben beim Portier Hotel „Nonnenhof".

Deutsche Volkspartei.

Am **Mittwoch, 22. Januar 1919,** abends **7 Uhr,** findet in dem großen Saale der **„Turngesellschaft",** zu Wiesbaden, Schwalbacher Straße 8, eine F300

öffentl. Wählerversammlung

statt.

Tagesordnung:

„Die deutsche Volkspartei und die Preußische Landesversammlung".

Der Arbeitsausschuß der Deutschen Volkspartei.

Die Geschäftsstelle der Partei befindet sich Neugasse 9.

Deutsche Demokratische Partei.

Die Geschäftsstelle des hiesigen Kaltvereins befindet sich:

Kirchgasse 74, I.

Wahlbüros befinden sich:

Langgasse 42, Wilhelmstr. 56, Moritzstr. 41, Wörthstr. 5, Schwalbacherstr. 38 (Seitenbau), Bismarckr. 2, Emserstr. 44, Friedrichstr. 39, Lad.

Daselbst wird jede Auskunft erteilt! F29

Zur schnelleren Ablieferung der Reparaturen an meine geehrte Kundschaft gebe ich nachstehend meine **Schleiftage** bekannt:

Scheren:	Schleiftag: **Dienstag,** Ablieferungstag: **Freitag.**
Taschenmesser:	Schleiftag: **Donnerstag,** Ablieferungstag: **Montag.**
Rasiermesser:	Schleiftag: **Freitag,** Ablieferungstag: **Samstag.**
Tafelmesser	**und sonstige Schleiferei:** Schleiftag: **Mittwoch,** Ablieferungstag: **Montag.**

Sämtliche übrigen Reparaturen und Schleiferei erledige ich ebenfalls in kürzester Zeit.

Morgen beste Gelegenheit zur Abgabe der **Tafelmesser** **und sonstigen Schleiferei** zum Schleifen.

G. Eberhardt

44

46 Langgasse. **Hofmesserschmied.** Langgasse 46.

Geschäfts-Empfehlung.

Schuhmacherei Wilh. Röder,

Hellmundstraße 56 (Laden)

Anfertigung nach Maß und Reparaturen in bester und saubers ter Ausführung.

Leder kann auch mitgebracht werden.

Herren-Sohlen	Mk. 8.—	Herren-Absätze	Mk. 2.40
Damen-Sohlen	Mk. 6.—	Damen-Absätze	Mk. 2.—

Nur prima Kernleder.

Empfehle meine

Abteilung I: **Automobil- u. Motoren-Reparatur**
Abteilung II: **Nähmaschinen-Reparatur**
Abteilung III: **Schreibmaschinen-Reparatur.**

Erste fachmännische Reparatur am Platze.

Automobil- u. Motoren-Reparatur.

Dotzheimer Straße 23.

Elegant sitzendes Korset

aus Ihrem Stoff

3 Handtücher
oder **3 Servietten**
oder **1 große Schürze**
oder **1 kleines Rolleaux**

fertigen wir Ihnen auf Wunsch innerhalb 8 Tagen an.

Korsethaus **„Robita"** nur Langgasse 25.

Rolladen-, Jalousien-

und Rollschutzwand-Reparaturen werden schnell fachm. und billig ausgeführt durch **Schreinerei E. Klapper,** Dotzheimer Str. 28 u. Friedrichstr. 55. Telephon 1627.

Ziehung am 1. u. 3. Februar

Geld-Lotterie

Jung-Deutschland

150 000 Lose 50 M Gewinnhar ohne Abzug zahlbar Mar

150 000

Hauptgewinne Mark

60 000
30 000
10 000

Lose 3 M. Porto und Gewinnliste 20 Pfg

Verband Preuß. Lotterie-Einnehmer
... Cl. Kurstraße 11

Carbid

abzugeben.

Albrecht-Droguerie

16 Albrechtstraße 16.
Tel. 216.

Samstag, den 25. Januar 1919
abends 7 Uhr
im Saale des Civil-Kasino, Friedrichstrasse:

Gesangs-Abend

von Frau **Anna Gaisrabetowa** und ihren Schülerinnen: Frl. **Maria Bickel,** Frl. **Nina Gaisrabetowa,** Frl. **Valeska Schüssler.**
Am Klavier: **Hans Weisbach.**

Numerierte Plätze zu Mark 3.— und 4.—, unnumerierte Plätze zu Mark 1.— sind zu haben in den Musikalien-Handlungen von A. Klappler, Rheinstr. 41, Franz Schellenberg, Kirchgasse 33 und bei Moritz & Münzel, Wilhelmstr. 58, sowie abends an der Kasse.

Pelze

w rd. in bekannt fachmännischer Weise umgearbeitet, rep. und gefüttert.

Michelsberg 28, Mittelbau, I.

NB. Auch sind daselbst Pelze in allen Fellarten preiswert zu verkaufen.

Hattenheimer	à Mk.	**8.00**
1917 Ebernburger	„	**8.00**
1917 Liebfraumilch	„	**7.50**
1917 Oppenheimer	„	**6.50**

per Flasche einschl. Glas und Kiste in 50er Packung ab Mainz, freibleibend, geg. vorherige Kasse, Steuer zu Lasten des Käufers. Proben unter Berechnung. **Otto Maas & Cie, Mainz.**

Anzündeholz und Abfallholz, sowie Kaminholz, Bretter und Latten

liefert frei Haus

W. Gail Wwe., Schwalbacher Straße 2.

Telephon Nr. 84. 3

Umzüge

jeder Art unter Garantie.

Lagerung ganzer Wohnungs-Einrichtungen.

Adolf Mouha, Scharnhorststrasse 29.

Bin heute mit

40 schweren u. leicht. Arbeitspferden

eingetroffen.

Pferdehandlung
Adolf Grünebaum
Adelheidstr. 82.

Wer Kriegsbeschädigte

Kaufleute, Büro ehilfen und Arbeiter aller Berufs berücksichtigt wende sich an die F 215

Vermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte im Arbeitsamt.

Dotzheimer Straße 1.

Leistungsfähige Fabrik der Lebensmittelbranche

sucht für den Platz Wiesbaden und Umgebung bei der Kolonialwaren- und Drogenhändler-Kundschaft bestens eingeführten F 181

Vertreter.

Offerten erbeten unter B. 468 an den Tagbl.-Verlag.

Sichere Existenz!

Im Betrieb befindliche, seit 20 Jahren bestehende, bestens eingerichtete

Mineralwasser- u. Limonadenfabrik

verbunden mit einer erstklassigen

Brunnen-Vertretung

— ff. Kundschaft in der Stadt und auf dem Lande — ist Umstände halber und mit allem Inventar

billig zu verkaufen.

Käufer wird, wenn Nichtfachmann, gründlich angelernt.
Erforderliches Kapital M. 10—12 000.—.
Gefl. Zuschriften unter **P. 23** an den Tagbl.-Verlag.